

Roten Kampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Roten Kampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: halbes Monats 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,20 Mark. Eine Jahresbestellung: Berlin und Straßburg: 20,00 Mark; für den Bezirk Halle-Merseburg, Gera, Halle, Verden: 18,00 Mark.

Einzelheft: 10 Pf. für den am 1. März und 1. April im Zeitl. Manuskripten sind zu richten nach Halle, Verdenstr. 14. Tel. (Hb.) 21045, (Rb.) 21047. (Hb. u. Rb.) 22251. Telegramm: Roten Kampf. Halle. Redaktion: Kommando- und Privat-Post Halle. Verlagsanstalt: Leipzig 1908 48 A. H. A. Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Mittwoch, 2. November 1927

7. Jahrgang + Nr. 258

Die Sowjetunion rüstet zum 10. Jahrestag des Sturzes der Bourgeoisie und der Errichtung der Arbeiter- und Bauernherrschaft

Moskau, 1. November.

In Moskau und in der gesamten Sowjetunion werden umfangreiche Vorbereitungen zum würdigen Gedenken der Oktoberfeier getroffen.

Moskau wird unter der Leitung einer Künstlerkommission für die Feier geschmückt. In den ersten Tagen des Monats November wird eine Reihe von Ausstellungen eröffnet, die die Ergebnisse der zehnjährigen Aufbauarbeit der Sowjetunion darstellen.

In Moskau beginnt die Feier am 6. November mit einer feierlichen Sitzung des Moskauer Sowjets. Am selben Abend finden in den Bezirken Versammlungen unter der Teilnahme ausländischer Delegierter statt. Am 7. November wird auf dem Roten Platz eine große Parade veranstaltet, und in den Bezirken finden Umzüge sowie Eröffnungsfeiern neuer errichteter Fabriken, Kinderheime und ähnlicher Institutionen statt. Am Abend sind Vorstellungen in den Theatern und Kinos sowie verschiedene Veranstaltungen in den Arbeiterclubs vorgesehen. Am 8. ist die Befestigung von Ausstellungen geplant; abends finden in den Theatern und Kinos Gratisvorstellungen für Arbeiter statt.

an dem eine Initiative von einer für diesen Zweck besonders gebildeten Kommission ergriffen werden wird, der die Atmosphäre der Tradition und der Intrigen von Genf fremd ist...

Verlegenheit in London

Daß es sich bei der Teilnahme der Sowjetunion an der Abrüstungskonferenz um einen schweren Schlag gegen die englische Kriegspolitik handelt, beweisen die geistreichen Londoner Abendzeitungen. „Daily Chronicle“ führt aus, die britische Regierung müßte sehr froh sein, daß sich die Sowjetunion an den Abrüstungsbesprechungen in Genf beteiligen will. Daß dieser Artikel höflich gemeint ist, liegt auf der Hand, denn weiter wird darin darauf hingewiesen, daß der russische Botschafter Chamberlain sehr unangenehm sein muß, erstens wegen des vollkommenen Bruchs mit der Sowjetunion und zweitens wegen des Beschlusses der letzten Entschlußdiktanda über die Herausziehung aller ernsten Ermüdung über die Abrüstung. Die Regierungsgesandten schweigen vor Schreck die Erklärung der Sowjetunion ist. Der Generalkonsul in Sir Douglas Hoop, ein Führer der Konservativen, erklärte in einer Rede, daß Lord George 158 Millionen Pfund und die letzte Londoner Konferenz „um“ 88 Millionen für Her und Marine brauche. Das sei Abrüstung genug. Die Einbläser bescheiden diese Rede als ein laudables Echo auf den Schritt der Sowjetunion und erklären mit Recht, daß diese Rede nicht ernst meint. Was auch die Abrüstungskonferenz beweisen wird.

Die „Pravda“ begrüßt die Delegierten

(Zusatztext) Moskau, 31. Oktober.

Die „Pravda“ begrüßt in ihrem Leitartikel die zur Oktoberfeier eingetroffenen ausländischen Delegierten, die sich mit ihren eigenen Augen davon überzeugen werden, welche gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritte die Sowjetunion in den letzten Jahren gemacht hat, und was noch wichtiger ist, daß alle Kinder der Welt in der Welt der Wertigkeiten gehören, die hier ein neues Leben schaffen und den Sozialismus aufbauen. Dies ist denn auch der Grund, warum die Bourgeoisie in einer Anzahl von Ländern die Reise von Arbeiter-Delegationen zu verhindern sucht, im Vereine mit der Sozialdemokratie, die in Deutschland, Frankreich und Österreich die sozialdemokratischen Teilnehmer zum Ausschluß aus der Partei bestrafen. Eine der giftigsten Waffen der Sozialdemokratie gegen die Festlegung von Arbeiter-Delegationen ist die verlogenste Behauptung einer bürgerlichen imperialistischen Entartung der Sowjetmacht und ihrer führenden Partei.

Die „Pravda“ weist nicht daran, daß die Arbeitergäste die Errungenschaften der Oktober-Revolution richtig einschätzen werden, denn der sozialistische Aufbau der Sowjetunion ist eine Sache, die eine Errungenschaft des gesamten Weltproletariats.

Berichte der Weltproletariats in Moskau

(Zusatztext) Moskau, 31. Oktober.

Ein Großteil der ausländischen Delegationen ist bereits eingetroffen, und täglich treffen neue Delegierte ein. Gestern trafen die zweite belgische Arbeiter-Delegation sowie Delegationen der französischen Section der K. P. und des Internationalen Bundes der Kriegsgesellen ein. Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion erhielt die Mitteilung, daß eine aus 14 Mitgliedern bestehende Delegation der spanischen Gewerkschaften bereits auf dem Gebiete der Sowjetunion eingetroffen ist. Eine Delegation des japanischen Bauernbundes sowie finnische und griechische Arbeiter- und Bauern-Delegationen sind durch Polizeiverweigerung an der Abreise verhindert.

Verschiedene Gruppen ausländischer Delegierten besuchen gegenwärtig die wichtigsten Zentren der Sowjetunion.

Eine wichtige Tagung

(Zusatztext) Moskau, 31. Oktober.

Am 10. November beginnt in Moskau der Kongreß der Freundschaft der Sowjetunion. Tagungsordnung: 1. Die Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus der Sowjetunion; 2. Die Kriegsgefahr und die Verteidigung der Sowjetunion.

Zum Tage

— Halle, den 2. November.

Das Brot ist teurer geworden! In den Tagen der Inflationen der halbkreisigen Tagesblätter stand am Sonnabend eine verheißungsvolle Anzeige und verkündete das. Die Hausfrauen hatten es gar nicht bemerkt und schimpften, bis sie am Montag wieder einen Händler mehr für das kleine Brot auf den Boden legen mußten. Und da wurde tüchtig geschimpft! Mit Recht natürlich, aber an der verkehrten Stelle. Es bedarf gar nicht erst eines großen Beweises, daß die Brotmüller jene Großagrarien sind, die in ihren Zeitungen vor der Not und den Mühsalen der „armen“ Großgutsbesitzer schwindeln und die für freilebende Berg- und hungerte Landarbeiter nichts anderes übrig haben wie Schimpfereien aus dem altpreussischen Reich eines Feldwebels. Auf diese Bürgerkriegsagrarien hat der Jörn der breiten Massen gegen die ständig steigenden Preise in erster Linie zu stützen. Die diesjährige Ernte ist bekanntlich bedeutend (um 10 bis 20%) besser als die im vorigen Jahre. Die Agrarier könnten also das Getreide, wenn nicht billiger, dann aber mindestens zu vorzüglichen Preisen verkaufen. Statt dessen haben der Bauer, an Wasser an den wichtigsten Lebensmitteln der Arbeiterheit, an Kartoffeln, Brotgetreide, Meilen usw.

Die Reichsbedarfer für Lebenshaltungskosten ist im Monat Oktober um 147,1 auf 150,2 gestiegen. Diese Steigerung ist in erster Linie auf die Steigerung der Meilen zurückzuführen. Die in der letzten Woche besonders stark angestiegenen Lebensmittelpreise sind noch nicht mit eingerechnet worden.

Was bedeuten diese Zahlen? Was bedeutet diese Preissteigerung? Es ist für die mitteldeutschen Bergarbeiter, die im vergangenen Monat durch den Streik ihre Spitzenlöhne um 11,5 Prozent erhöhen konnten? Ein einfaches Rechenexempel soll die Frage beantworten:

Der Index liegt im Oktober um 3,1 Prozent, der Bergarbeiter-Spitzenlohn um 11,5 Prozent. Von dieser Lohnsteigerung sind selbstverständlich die 3,1 Prozent Erhöhung des Bergarbeiterlohn zu tun, was nun nur noch eine Lohnsteigerung — nachgemittelt — nur für einige Spitzenlöhne von 8,5 Prozent ergibt. Hält das jetzige Tempo der Preissteigerung an, dann wird höchstens bis zum Januar die erkrankte Lohnsteigerung ausgeglichen sein, eine neue Lohnsteigerung wäre dringend erforderlich. Tatsächlich ist aber damit zu rechnen, daß das Tempo der Preissteigerung noch mehr beschleunigt, also noch vor dem 1. Januar eine weitere Lohnsteigerung für die Bergarbeiter notwendig wäre. Aber — der bekannte Betrugsbetrug hat diesen bei weitem nicht zureichenden Lohn bis zum 31. August 1927 für verbindlich erklärt und — was noch schlimmer ist! — die Gewerkschaftsleiter haben selbst diese Verbindlichkeit beantragt und anerkannt.

Die vor unseren Augen sich häßlich abspielende Täuschung zeigt uns ganz deutlich, wie falsch es ist, wenn sich die Arbeiterheit auf so langfristige Tarife einläßt. Das ganze Schicksal, welches mit dem damit als ein Schwindel gedankt, den den

Die Sowjetunion im Kampf gegen den Abrüstungsschwindel

Sie geht 1927 nach Genf, wie sie schon 1922 nach Genua ging

Die Sowjetregierung hat dem Völkerbundssekretariat mitgeteilt, daß ihre Vertreter an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf teilnehmen werden. Diese Mitteilung wird in der gesamten Presse als große Sensation betrachtet. Die linksbürgerlichen und die sozialdemokratischen Zeitungen versuchen mit gewissen Erklärungen über den „begrenzten Wert des Beschlusses“ gleichzeitig eine Destruktion der Sowjetunion bei den revolutionären Kreisen zu verbinden. Sie sprechen von „verführerischen Sowjets“. Es ist nun ja, als ob die Sowjetregierung nicht eine neue Außenpolitik einschlägt, als ob sie den Weg, den sie in der Völkerbund zu gehen.

Dieser Versuch zerschlägt mit dem kurzen Gedächtnis der Welt. Nicht die Sowjetregierung ändert ihre Politik, vielmehr wird ihre Teilnahme an der laubenden Abrüstungskonferenz jetzt ermöglicht, während sie noch vor Jahresfrist, damals, als die Perspektive einer namhaften Ausbildung der Kriegspraxis gegen die Sowjetunion stand, unmöglich gemacht war. Die Sowjetunion hat nie abgelehnt, an Abrüstungsverhandlungen teilzunehmen. Im Gegenteil, die Sowjetunion war es, die jetzt zum ersten Male, und damals noch unter der Führung Lenins, in Genua, im Winter 1921/22 die Abrüstungsfrage vor der ganzen proletarischen Weltöffentlichkeit aufstellte. Und noch vor einem Jahre, als die Imperialisten die Sowjetunion zwingen wollten, in die Schweiz zu kommen, wo sie ermordet worden war und wo seine Nachfolger durch die eigensinnige Klugheit zu neuen Worten ergraben ermutigt worden waren, erklärte Tschickerin in der Note der Sowjetregierung vom 7. April wörtlich:

„Die Sowjetregierung hat somit zahlreiche Beweise ihres tiefen Willens und ihres aufrichtigen Wunsches gegeben, die Welt der allgemeinen Abrüstung voranzutreiben zu sehen, aber wir wissen die Willkürlichkeiten, die den Völkern auferlegt sind zu erleichtern, sie hat aber auch niemals ihre Schritte in Bezug auf

die vom Völkerbund einberufene Konferenz verheimlicht. Sie war trotzdem mit der Beteiligung an ihr einverstanden, wenn auch die Erfolgschancen minimal waren. Die Stellungnahme der Leiter des Völkerbundes in Bezug auf die Wahl des Ortes dieser Konferenz hat die Sowjetregierung endgültig von dem wenig ernsthaften Charakter und von dem Mangel an Aufrichtigkeit in dieser Initiative des Völkerbundes überzeugt sowie von seiner Unfähigkeit und Abgenaltheit, ein so wichtiges Werk wie die Einberufung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz zu bewerkstelligen. Die Sowjetregierung wird mit dem tiefsten Interesse und in der Absicht, dazu in breitem Maße beizutragen, den Tag erwarten.

Betriebsmord bei der Mansfeld A.-G.

Bis jetzt drei Kampfs durch Gase getötet

Gestern mittags gegen 1 Uhr ereignete sich auf dem Hütten-Gelände der Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Gesele durch den explosionsartigen Ausbruch nicht atmbarer Gase ein schwerer Betriebsunfall. Die an dem Unfallort beschäftigten acht Bergleute wurden mit dem Giftgas tödlich von den Gasen überfallen. Den sofort eingeleiteten Rettungsmannschaften gelang es in kurzer Zeit, die Bergleute zu bergen. Während sechs Mann außer Lebensgefahr sind, hatten bei den übrigen drei Kundenlang am Rettungsort ausgeführte Wiederbelebungsversuche der Herz- und Rettungsmannschaften leider keinen Erfolg. Häufige Mittelungen fehlen. Wir kommen auf den ungewöhnlichen Verlauf zurück.

Unternehmerium benutzt, um das Proletariat für lange Zeit und trotz anfeindender Teuerung auf die billigste Art ausbeuten zu können.

An die arbeitsgemeinschaftlichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaftsführern darf sich darum das Proletariat nicht lehnen. Härter als der sogenannte Gesetzescharakter der Schiedsprüche ist die Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse um ihre Lebenshaltung.

Zerbricht diese Verträge, zerfällt diese wirtschaftliche Karriere, die auch von den ausbeuterischen Kampfen um Lohn und Arbeitszeit abhellen soll, organisiert zwischen ständiger Lohnkämpfe im Bergbau und in allen anderen Berufen, je früher ihr ans Werk geht, um so besser.

Es geht ja nicht nur den Bergarbeitern so!

Nehmen wir die andere wichtige Arbeitergruppe in Mitteldeutschland, die Chemearbeiter. Für diese hat still und heimlich Mitte Oktober die Gewerkschaftsbüroautriebe den Reichspräsidenten zum 31. Dezember 1928 verlängert, und zwar mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß bis dahin keine der Tarifparteien von der Möglichkeit der Kündigung des Tarifes Gebrauch macht. Und dabei ist es bei der heutigen Preisentwicklung möglich, daß in diesen 15 langen Monaten sich die Preise verdoppeln und verdreifachen können!

Dieser Mißbrauch ist ein ungeheurerlicher Mißbrauch der gewerkschaftlich organisierten Chemearbeiterschaft. Er kommt ihrer direkten Auslieferung an die Willkür der Arbeitgeber und des Trübsalgleiches an. Das darf sich die Arbeiterkraft nicht gefallen lassen! Innerhalb der Gewerkschaften müssen wir die Büroautriebe zum Bruch dieses schändlichen Abkommens und zur endlichen Aufnahme des Kampfes um 20 Prozent Lohnerhöhung und Sieben- bzw. Achtehntentag bringen.

Nicht nur Teuerung und Wucher auf der einen, Schließungsschwindel und Führerlosigkeit auf der anderen Seite bedrohen das Proletariat. Im Schatten der jetzigen Konjunktur lauert schon wieder das Gespenst der Arbeitslosigkeit, bereit, Tausende von Proleten aus dem Produktionsprozeß herauszuwerfen und dem Hunger und Elend preiszugeben. Die vorgeschrittene Jahreszeit, der Winter, wird manchen drohlos machen. Aber auch hier und dort bröckelt die Konjunktur. Aus Winterfeld wurde in voriger Woche eine Zunahme der Erwerbslosigkeit um 50 Prozent gemeldet. Die ganze bürgerliche Presse ist voll mit Vermutungen darüber, daß jetzt zum Winter wieder die Arbeitslosigkeit hart ansetzen würde. Im Sommer hat der Prolet für den Kapitalisten geschuftet, im Winter er hungert. So leben wir, daß die Aussichten für das deutsche Proletariat trotz alles, wenn es sich nicht im Zustand des mächtig wachsenden Klassenbewußtseins und des stetig steigenden Willens zum Kampfe befinden würde. Die Erkenntnis, daß nur in den Kampfe, im schärfsten offenen Klassenkampfe mit allen Mitteln das Proletariat eine Hebung seiner Lebenshaltung und schließlich auch die Befreiung der Wurzel des Elends des Kapitalismus, erreichen wird, bricht sich immer mehr Bahn.

Wir Klassenbewußten Arbeiter können diesen revolutionären Reflexprozeß des deutschen Proletariats gemaltig leiten. Der gebührende Jahreshaushalt der zünftigen Revolution mahnt uns, alles in dieser Beziehung zu tun, und nichts zu unterlassen. In der Sowjetunion bildet das Proletariat trotz zurück auf eine Periode des siegreichen Kampfes und des Aufbaues von Industrie und Landwirtschaft durch das Proletariat. Dort hat es die Schelle zum Sozialismus in den Kaufmann schon mit einem großen Schritt hinter sich gelassen und ringt sich zu Erzeugnissen durch, die uns eine Traumwelt scheinen. Wir reden vom Preisabbau, erleben aber täglich neue Preissteigerungen, je dagegen führen

Der Sowjetunion zum zehnjährigen Bestehen!

Die eifrige Mitarbeit der Genossen und KZB-Kameraden im Verbreitungsbüro des „Klassenkampf“ drachten Vieher

1355 neue Leser, 160 neue Parteimitglieder.

Am kommenden Sonntag ist Großversammling im Stadtgebiet Halle und in den Orten des Bezirks, die bisher noch nichts geleistet haben. Alles heraus zur Arbeit!

ihn praktisch durch. Wir arbeiten sehr, elf und zwölf Stunden und sie führen in den nächsten Tagen den Siebenhntentag ein. Wir leuchten unter der Last der Steuern und Abgaben, der Zölle und Entschädigungen an Rüstungsbedarf und Reparationsabgaben. Sie erkennen sich der wahren Freiheit, die nur noch getrübt wird durch die Kriegspolitik Englands und anderer Feinde des Sozialismus.

Wir müssen noch mehr Vergleiche ziehen in diesen Tagen. Wir müssen vor allem lernen und alles tun, um es unseren russischen Brüdern nachzumachen.

Der Bürgerdud gegen die unteren Beamten

(Eig. Meldung) München, 1. November.

Die Führer der Regierungsparteien des Bürgerdud teilen eine schmerzliche Botschaft mit. Der Kampf um die Verwirklichung der öffentlichen Befand, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter nur geringfügig sein kann und keinesfalls den Besprechungen des Bürgerdudministers Köhler in Wodgedung entspräche. — Auf einer Tagung der katholischen Arbeitervereine in Bamberg erklärte der Vorsitzende der Reichsorganisation der Sozialistischen Volkspartei, Prälat Köhler, in einer Rede über Besoldungsreform und Defundungsfrage, daß die Beamten zwar eine Aufbesserung erhalten müßten, die absolut notwendig sei, über die Höhe und die jeweilige Höhe könne man jedoch geteilter Meinung sein. Er hätte jüngst in Berlin eine Beamtendeputation entläßt, die mehr die Beamten bekommen würden, desto weniger müßten sie bekommen. Das könne zwar paradox, es sei aber so. Je mehr sie auf die Arbeiter in der Gesamtwirtschaft eingeben würden, desto höherer komme eine Preissteigerung in großer Ausdehnung und dann hätten die Beamten trotz der Aufbesserung nichts von dieser Aufbesserung!

Einen anderen Weg zur Niederhaltung der Beamtengehälter schlug der bairische Ministerpräsident Seid in, der bei einer Ansprache in Bamberg bemerkte: „Der Staat muß sich mit der Verwirklichung der öffentlichen Befand, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter nur geringfügig sein kann und keinesfalls den Besprechungen des Bürgerdudministers Köhler in Wodgedung entspräche. — Auf einer Tagung der katholischen Arbeitervereine in Bamberg erklärte der Vorsitzende der Reichsorganisation der Sozialistischen Volkspartei, Prälat Köhler, in einer Rede über Besoldungsreform und Defundungsfrage, daß die Beamten zwar eine Aufbesserung erhalten müßten, die absolut notwendig sei, über die Höhe und die jeweilige Höhe könne man jedoch geteilter Meinung sein. Er hätte jüngst in Berlin eine Beamtendeputation entläßt, die mehr die Beamten bekommen würden, desto weniger müßten sie bekommen. Das könne zwar paradox, es sei aber so. Je mehr sie auf die Arbeiter in der Gesamtwirtschaft eingeben würden, desto höherer komme eine Preissteigerung in großer Ausdehnung und dann hätten die Beamten trotz der Aufbesserung nichts von dieser Aufbesserung!“

Ein Feld will damit den unteren Beamten zu verlieren geben, daß sie lieber von Gehaltsaufbesserungen absehen lassen, damit würden eben die Walfenklaffungen die Folge sein.“ Denn jeder Feld denkt natürlich andersseits nicht über die Staatseinkünfte ein, die er durch die Beamten entlassen werden.

Kommunistischer Bürgerdud in der hamburger Bürgerdud

(Eig. Meldung) Hamburg, 1. November.

Zwischen der kommunistischen und sozialdemokratischen Fraktion der hamburger Bürgerdud fand eine Besprechung in der Frage der Befreiung des Potens des ersten Vizepräsidenten der hamburger Bürgerdud statt, bei der der kommunistischen Fraktion als der zweifelhafte in der hamburger Bürgerdud zugeht. Die kommu-

nistische Fraktion erklärte, daß der kommunistische Bürgerdud keine Funktion im Rahmen der Gesellschaftsordnung ausüben werde, wobei sich die Fraktion vorbehaltlich Änderungen der Gesellschaftsordnung zu beantragen. Die Repräsentationspflichten eines kommunistischen Bürgerdud werden ausüben, soweit dies den Interessen der sozialistischen Fraktion im Einklang steht. Die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerdud erklärte ihre Zustimmung zu der Wahl des kommunistischen Bürgerdudpräsidenten.

Praktische Arbeit der Kommunisten

(Eig. Drahtmeldung) Hamburg, 2. November.

Die kommunistische Bürgerdud bringt in der heutigen Sitzung Anträge für die Erweiterung des Sozialistischen Einheitsfronts um die Erhöhung der Arbeiterlöhne um 20 Prozent, die Erhöhung der Arbeiterlöhne um 20 Prozent und die Erhöhung der Arbeiterlöhne um 20 Prozent. Ein weiterer Antrag verlangt im Interesse der Gemeinde- und Staatsarbeit den sofortigen Ausritt des Genrats aus dem niederländischen Arbeitsbereich. Die Ausschüsse zum Tarif- und Lohnabkommen direkt durch die Bürgerdud und die Erhöhung eines ständigen Ausschusses, der gemeinsam mit den freien Gewerkschaften die Lohnregulierung vorzieht.

Blide Ausland-Hetze

Die „Saale-Zeitung“ macht weiter in Ausland-Hetze. Wie man aus dem Bericht über die Arbeit der Arbeiter in der Saale-Zeitung sieht, hat die Zeitung nicht mehr als eine Meldung aus Moskau über Besoldungsfragen bringen, die am Freitag bereits im „General-Anzeiger“ gelandet hat und deren Glaubwürdigkeit selbst dieser anzweifelte, neu, hören die Leser auf. — Über sollten wir uns in Bezug auf die Weltöffentlichung der Leser der „Saale-Zeitung“ geirrt haben?

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Generale in Potsdam umgeköpft. Im Potsdamer Volkspark sind in der letzten Nacht fünf Steinlöcher mit Büsten von Wilhelmshilfen Beschriftungen umgeformt worden. Freiwilliche vom Stahlhelm vor, zum Auftrieb.

Der Dank der Genossen Soeh. Die Ortsgruppe der KPD (Köln Hilfe) in Waffa hat von der Frau von Max Soeh eine von ihr selbst gestiftete rote Fahne zum Geschenk erhalten. Es sollte damit die Organisation der Dank für die Unterstützung der Arbeiter, die sie dem Genossen Max Soeh hat zuteil werden lassen.

Nach immer kommunistischer in Paris. In der letzten Nacht wurden in der letzten Nacht in Paris wieder circa 50 Ausländer festgenommen. Die französische Bourgeoisie hat eine Feindschaft vor den Kommunisten.

Letztes gegen Revolutionäre in Velen. Im Herbst Untersuchungsgegenstand sind 300 politische Gefangene in den Gefängnissen freigelassen, weil sie von den Schmutz starrenden Zellen nicht bei lebendigem Leibe verkaufen wollen.

Verdächtiges Demont aus Bulgarien. Die rumänische Regierung ließ nachdrücklich betonen, daß in Rumänien keinerlei Anstrich ausgebrochen seien. Na, glauben wirs — vorwärts!

Präsidentenwahl in der Türkei. Gestern bestimmte die Volksversammlung in einer Vollziehung die Kandidaten für das Bureau der Nationalversammlung. Voraussichtlich wird Kasim Pascha erneut zum Präsidenten der Nationalversammlung und Mustafa Kemal Pascha erneut zum Präsidenten der Republik gewählt werden.

Die revolutionäre Bewegung in Indien. Die Polizei nahm gestern in Kalkutta und anderen Städten Bengalen Beschlagnahme von über 1000 jährliche revolutionäre Dokumente beschlagnahmt worden sein.

10 Jahre Kulturaufbauarbeit in der USSR.

Befreiung der Wissenschaft

Somit unter der Herrschaft des Zorismus, als auch unter der profforischen Regierung (Kerenski-Regierung) blieb die Hochschule eine Feinde der Bourgeoisie, — „Unbesungen“ war der Zutritt verboten. Der Arbeiter war natürlich „unbesungen“. Er konnte nicht einmal daran denken, in eine Hochschule zu gelangen, da es ihm öft nicht einmal glückte, eine gewöhnliche zweifelhafte Elementarschule zu besuchen.

Die Oktoberrevolution erschloß dem Werktätigen die Tore der Hochschulen. Im August 1918 wurden durch ein Dekret der Sowjetregierung alle Hindernisse beseitigt, die von den bisherigen Herren der Hochschulen, von der Bourgeoisie, der Arbeiterklasse in den Weg gelegt wurden. Dieser Zeitpunkt — August 1918 — bedeutet den Beginn eines langjährigen Kampfes um die Hochschulen. Die bloße Veränderung der „offenen“ Türen war noch lange nicht gleichbedeutend mit der Befreiung der Arbeiter. Die ersten Jahre von 1918 waren alle Moskauer Betriebe der Schauplatz einer heftigen Agitationskampagne unter der Arbeiterkraft mit der Lösung: Proletarisierung der Hochschulen. Eine besonders große Rolle spielte in dieser Kampagne der damals noch kleinen bolschewistischen Studentenfraktion an. Dann dieser energischen Agitation und dem heftigen Widerspruch der Arbeiter, meldeten sich allein im Sommersemester rund 1000 Arbeiterbesucher zur Aufnahme, und ihr Eintritt in die Hochschulen bildet die erste Etappe der Proletarisierung der Hochschulen.

Doch die Proletarisierung der Hochschulen in ihrer damaligen Gestalt offenbar bald neben positiven auch eine Reihe negativer Seiten: die aus der Arbeiterkraft frisch kommenden Studenten eigneten sich ungenügend zum Hochschulstudium. Es ist daher leicht erklärlich, daß die erste Generationen abzufallen begann und eine Rückfall der neu eingetretenen Studenten aus den Hochschulen einlekte. Als Gegenmaßnahme wurde beschloßen, den Hochschulen sogenannte Arbeiterfakultäten anzuschließen, als Vorstufe für das Hochschulstudium der Arbeiter. Im Jahre 1919 wurden auf Verordnung des WK für Bildungswesen sämtlichen Hochschulen solche Arbeiterfakultäten angegliedert, es entstand auch eine Reihe derer, die teilweise in Interimform entstanden.

Als Laufe der nächsten Jahre waren die Arbeiterfakultäten ausgezeichnete Instrumente für Proletarisierung und durchgehende Reorganisierung der Hochschulen — sie sind es auch heute noch. Im Jahre 1926/1927 war die Gesamtzahl der Studenten der Arbeiterfakultäten der RSFSR nahezu 20.000. In der gesamten Union ist ihre Zahl bedeutend höher: in 10 Arbeiterfakultäten werden 46.000 Studenten gezählt, darunter etwa 15 Prozent Frauen. Die ersten Zulassung der Arbeiterfakultäten (in der RSFSR) ist folgende: 58,9 Prozent Arbeiter, 38,9 Prozent Bauern und 7,2 Prozent anderer Kategorien der Arbeitenden.

Nach Absolvierung ihres Besorgnis in den Arbeiterfakultäten treten die Arbeiter in eine, ihrer Neigungen entsprechende Hochschule ein und verlassen sie, zur verantwortlichen Arbeit in Industrie, Landwirtschaft usw. ausgebildet. Ein Teil der Arbeiterfakultäten werden auch in der Lage, die Arbeiterfakultäten in ihrer mittleren Qualifikation ausgebildet werden.

In der USSR zählt man 550 Techniken mit 92.445 Schülern. Die lokale Zulassung der Techniken ist folgende: 20,6 Prozent Arbeiter, 37,2 Prozent Bauern, 13,3 Prozent Angestellte, 8,7 Prozent andere Kategorien. Nicht nur in Industrie, sondern auch in anderen Techniken sind Arbeiter und Bauern in der Mehrheit.

Angehörig das gleiche Bild sehen wir auch in den Hochschulen. Die lokale Zulassung der Hochschulen ist folgende: 20,6 Prozent Arbeiter, 37,2 Prozent Bauern, 13,3 Prozent Angestellte, 8,7 Prozent andere Kategorien. Nicht nur in Industrie, sondern auch in anderen Techniken sind Arbeiter und Bauern in der Mehrheit.

Es werden gegenwärtig in der USSR 136 Hochschulen geleitet, die Zahl der Studenten ist gegenwärtig am 30 Prozent höher, als in der Bolschewistischen Revolution.

Was belagen diese trockenen Zahlen? Sie zeugen davon, daß die Lösung „Wissenschaft für die Werktätigen“ von der Sowjetmacht verwirklicht ist, daß sie nicht umsonst über den Toren der ältesten Hochschule, der Erlsen Moskauer staatlichen Universität, prangt.

Jeder, der die wissenschaftlichen Errungenschaften der USSR in den Nachrevolutionären Jahren auch nur oberflächlich in Erfahrung bringen will, muß über die großen Schulen der Revolution in Erfahrung bringen. Im ehemaligen russischen Reich gab es nur wenige wissenschaftliche Institute: Akademie der Wissenschaften, die Sternwarte von Pulkowo, ein physikalisches Observatorium, zwei öffentliche Bibliotheken, einige biologische Forschungsinstitute und das war alles. Nach der Oktoberrevolution erweiterte der Arbeit in den Forschungsinstituten um die Hälfte bereits 1925 aus 53 zugehörigen Forschungsinstituten allein im Reicht des WK für Bildungswesen, die anderen nicht mitgerechnet. Der Einfluß der Revolution äußerte sich aber auch noch anderen Richtungen hin: die wissenschaftlichen Forschungsmethoden erfahren eine Wandlung, die Verbindung zwischen den Gelehrten verwandter Wissensgebiete geklärt sich enger, es entstanden neue Organisationsformen der Arbeit in den Forschungsinstituten um die Hälfte bereits 1925 aus 53 zugehörigen Forschungsinstituten allein im Reicht des WK für Bildungswesen, die anderen nicht mitgerechnet. Der Einfluß der Revolution äußerte sich aber auch noch anderen Richtungen hin: die wissenschaftlichen Forschungsmethoden erfahren eine Wandlung, die Verbindung zwischen den Gelehrten verwandter Wissensgebiete geklärt sich enger, es entstanden neue Organisationsformen der Arbeit in den Forschungsinstituten um die Hälfte bereits 1925 aus 53 zugehörigen Forschungsinstituten allein im Reicht des WK für Bildungswesen, die anderen nicht mitgerechnet.

Nach dieser Richtung hin sind die dem Obersten Volkskommissariat der WK angegliederten wissenschaftlichen Institute (Nationale Institut für experimentelle Elektrotechnik, das Aero-hydrodynamische Institut u. a. m.) sind erst nach der Oktoberrevolution entstanden, haben aber trotz ihrer Jugend sich die Anerkennung größter wissenschaftlicher Autoritäten errungen. Beachtung verdienen auch die wissenschaftlichen Institute des WK für Gesundheitswesen (besonders das Biologisch-physiologische Institut), des WK für Landwirtschaft (den Institut für Tierzucht).

Den besten Beweis für das rege wissenschaftliche Leben der USSR, für das Erhalten der Wissenschaft und für die Resultate der wissenschaftlichen Arbeit erbringen die regelmäßig abgehaltenen Kongresse der Gelehrten und Forscher der USSR; zu manchen, so z. B. zum Physik-Kongreß, Astronom-Kongreß, Zoolog-Kongreß, Chemiker-Kongreß u. a. m., verkommen alle der besten Köpfe des weltweiten Wissenschaftsgebietes, in das ein großes Ereignis des wissenschaftlichen Lebens sind. Eine Reihe hervorragender Gelehrter, die die USSR besucht haben, äußern sich höchst anerkennend über den lebendigen Pulsschlag des wissenschaftlichen Denkens in der USSR. Professor Salermann spricht von der russischen Mathematik „arbeiten“, aus. Solche Ausprägungen sind durchwegs nicht vereinzelte. Das ist aber nicht anders möglich.

dem die Wissenschaft in der USSR, entwickelt sich rühmlich. Die Zahl wissenschaftlicher Institute wächst von Jahr zu Jahr. Der Akademie der Wissenschaften waren vor der Revolution 20 wissenschaftliche Institute angegliedert, heute sind es 45. Das 200jährige Jubiläum der Akademie zeigte auch deutlich die Fülle der, die zum Gegenstand dieses Antritts angeheben läßt. Das Jubiläum wurde mit großer Feierlichkeit begangen, an den Festlichkeiten beteiligten sich Ehrengäste aller Länder und die obersten Organe der Sowjetmacht nahmen daran aktiven Anteil. Die Akademie der Wissenschaften ist ein Bundesinstitut, das unmittelbar dem Volkskommissariat der USSR unterstellt ist.

Ein weiteres, ebenfalls unmittelbar dem Volkskommissariat unterstelltes Institut ist das Institut für angewandte Botanik und neue Kulturen, welches eine Reihe großer Auslandsbeziehungen hat. Die Wissenschaften der Akademie der Wissenschaften sind in der Lage, auf diesen Grundlagentatsachen zu arbeiten, eine Reihe kostspieliger ausländischer Produkte, z. B. Gesteine, zu importieren.

A. u. von der USSR, organisieren wissenschaftlichen Expeditionen werden die mongolisch-benachbarte Expedition des bekannten Forschers B. A. Kosch, bestehende Expedition; diese Expedition hat eine Reihe wertvoller Sammlungen.

Der herrschende Staat macht es uns unmöglich, auch nur eine kurze Übersicht über die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit auf einzelnen Gebieten zu geben, denn eine solche Aufzählung würde einen ansehnlichen Raum für sich in Anspruch nehmen. Wir erwähnen hier nur noch das Staatliche Physikalische Institut, das Staatliche Zoologische Institut, das Staatliche Technische Institut, das Staatliche Institut für Biologie und Raumforschung, das Staatliche Institut I. N. des Professors Karoff, die Akademie der Rüsse, die Akademie der Geisteswissenschaftlichen Kultur usw. auf alle diese und manchen anderen erst nach der Oktoberrevolution entstandenen Institute könnte jedes Kulturland stolz sein. Trotz ihrer kurzen Lebens haben sie es vermocht, eine Reihe aktueller, theoretischer und praktischer Probleme von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung zu lösen.

Auch auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften sind mehrere Forschungsinstitute entstanden und errichtet. An erster Stelle ist hier zweifellos die kommunistische Akademie zu nennen, lobann des Lenin-Institut, die „Ration“ (Wissenschaft sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute), das Institut der Räten Professor, das Volkskommissariat der Räten der Soziologie, das Soziologische Institut I. N. des Professors Parmanow u. a. m.

Daneben gibt es auch eine Reihe freiwilliger wissenschaftlicher Organisationen — marxistische Vereinigungen zur Befähigung geistlicher marxistischer Soziologen, die marxistisch-leninistische Arbeiter gegen unrichtige Meinungen gefordert und geschliffen. Die Arbeiter der Räten der Räten Professor ausgebildet.

In den letzten Jahren wächst der Prozentsatz der Arbeiter unter dem Gipfel und den jungen wissenschaftlichen Mitarbeitern zulebendes. Der Proletarisierung der Hochschulen folgt eine Reihe von langjahren, aber planmäßige Proletarisierung der wissenschaftlichen Forschungsinstitute, — das Proletariat erklärt die höchsten Stellen der Wissenschaften.

Alles, was hier über die allgemeinen Bildungsmaßnahmen gesagt wurde, trifft auch auf die militärischen Anstalten zu; unter der Herrschaft des Zorismus wurden in den Militärschulen Köpfe des Abges und der Kaufmannschaft auf Unterdrückung der Volksmassen abge- und in anderen Techniken sind Arbeiter und Bauern in der Mehrheit und Schwere der Freiheitskämpfe ist.

Nach einer Beratung von nicht mehr als 20 Minuten haben die Richter Geschworenen Schwarzbard freigesprochen. Der Prozess war in dem Augenblick entfallen, als der Anwalt die Verteidigung auf die Einnahme der von ihm benannten Augen bezog. Er hatte den Anwalt, als ob die Angeklagten geradezu zuzumengenommen hätten, um die Tat des Unfalls...

(Eig. Mitg.) Wien, 31. Oktober. Aus der Rede Otto Bauer, in der er sich bekanntlich prinzipiell für die Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien ausgesprochen, ist aber im Gegensatz zu Karl Renner augenfällig noch abzulesen, daß noch folgende interessante Sätze nachzutragen: „In der rechten Opposition spricht von den Gefahren des Faschismus und glaubt, daß sie ihm am besten durch die sofortige Koalition mit den bürgerlichen Parteien begegnen kann.“

lichen Voraussetzungen die Kooperation der Klassen, je es in der Form einer Koalitionsregierung oder in anderer, form, vorübergehend sein kann. Aber solange die bürgerlichen Parteien dabei bleiben, die Sozialdemokratie zu nullifizieren, ist keine Koalition denkbar. ... Alle, die den Bürgerkrieg beschließen und die Sicherheit der bürgerlichen Klassen durch die in der Partei der Sozialdemokratischen Kampfbünde nicht nur die Koalition, sondern auch die bürgerliche Kampfe auf dem Boden der Demokratie gestiftet werden, fordert die Partei auf, gemeinsam mit der Arbeiterklasse das Regierungssystem des Bürgerkriegs zu betämpfen.“

Die Arbeiterklasse hat sich in der Zwischenzeit in der Tat in der Richtung bewegt, die man dem persönlichen Mut eines Schwarzbard folgern kann. Immer mit immer neuen, doch bei Einzelheiten des Anordnungs ein Schulbeispiel für die Verwerflichkeit und Unmöglichkeit einer jeden individualistischen Genossenschaft. ... Die Vorgänge gegen das Jubiläum wurden offen als Abwehrmaßnahmen gegen den Kommunismus eingeleitet. Die Landbesitzer mordeten um der Beute willen, die internationalen Anführer des Wortes erhoben über Klassen, und Religionslose, die nicht in der Lage waren, die Religion zu verlassen, um die Kommunisten zu treffen. Der Prozess Schwarzbard ist nicht der Prozess des Jutes gewesen, der sein Volk an dem Urheber so vieler Todsünde rügte, sondern die Entlarfung des großen Verlogen des vornehmlich christlich-jüdischen Kapitals, das in der Ukraine mit den Mitteln eines mittelalterlichen Glaubensbittlers das vernünftige Proletariat vernichten wollte.

„Die Arbeiterklasse“ veröffentlicht heute den Resolutionsentwurf der politischen Kommission, der in den wichtigsten Punkten dem Entwurf der SPD. entspricht. Der Resolutionsentwurf lautet u. a.: „Die Sozialdemokratie hat wiederholt sich zu Verhandlungen über eine Abklärung bereit erklärt. Der gegenwärtigen Regierung ist es aber nicht darum zu tun, eine der Abklärung günstige Atmosphäre zu schaffen. Eine Koalition ist solange nicht möglich, als die Bourgeoisie es ablehnt, die Arbeiterklasse in einer reinen, über den gemeinsamen Willen der Arbeiterklasse und der Staatsmacht zu beteiligen. Der Parteitag ruf auf, keine Demonstrationen ohne Bewilligung der Gesamtheit, keine Streiks in lebenswichtigen Betrieben ohne Zustimmung der Gesamtheit des proletarischen Proletariats.“

„Nach dem Einverständnis des Politbüros unterliegt er nun in seinen weiteren Ausführungen, die wir eben im Proletariat von Seiten der, wie er sich ausdrückt, „simplifizierten Welt“ der Bourgeoisie, etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen werden kann. Er ist sehr pessimistisch. Zunächst schreibt er in Bezug auf seine Partei: „Gewiß, die Idee ist da, aber auch das fröhliche Feuer und die politische Partei.“ Und er selbst muß diese Frage verneinen. Wenige Zeilen weiter ist er aber auch in Bezug auf das Vorhandensein einer Idee schon weniger selbstbewußt, denn er schreibt dann folgenden Satz: „Hat das deutsche Volk von heute, hat die heutige simplifizierte Welt eine ändernde Idee? Ich vermag es nicht zu sagen.“

Gewaltiger Einsturz in England

(Eig. Mitg.) London, 2. November, 1.20 Uhr morgens. Nach dem letzten Ergebnisse der Gemeindevahlen erzielte die Arbeiterpartei einen Reingewinn von 83 Sitzen. Der reine Verlust der Konservativen beträgt 63, der Liberalen 21 und der Unabhängigen 2.

Zwischenparteiliche Verhandlungen

(Eig. Mitg.) Baden, 1. November. Die Bezirksverbände der Bergarbeiter des Raderer Steinschlagbergwerks haben beim Untereinkommenverband einen Antrag gestellt, der die Erhöhung des Lohns und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen beantragt, gleichfalls der beiseite mit dem 31. Oktober genehmigt werden kann.

Erweiterter Parteitag

(Eig. Mitg.) Oberbrunn (Kreis Heinsberg), 1. November. Obgleich das Organisationsverhältnis der 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Oberbrunner Bergwerken seit langem mangelhaft gewesen ist, gelang es ihnen, eine Lohnsteigerung von 10 Prozent nach einer Protestkundgebung durchzusetzen.

Maginilian Harden

Einer der größten bürgerlichen Publizisten der wilhelminischen Ära ist am Sonntagabend in Montan (Schweiz) gestorben: Maginilian Harden. Er ist 66 Jahre alt geworden, sein Werk war die „Zukunft“, die kritische Triebkraft des Fortschrittsbewusstseins. In und mit seiner Zeitgenossen wurde Harden der unangenehmste Feind der wilhelminischen Ära. Wenn Wilhelm über Unterthanen regierte und die Bürger sich nicht von ihm drangsalieren ließen, dieser Harden gab die Gründe an. Er war ein Literat und ein Mann, der von den wenigen bürgerlichen Schriftstellern, die Wilhelm nicht nur seine Kräfte gemundet, sondern sogar ihm den Kranz von der Stirne zu ziehen verstanden. Er war ein Todfeind der Diktatoren. Er hatte schon historischen Sinn, wenn Harden zur Zeit des Weltkriegs im Jahre 1920 noch einmal mit den Bolschewikern absprach. Er war immer ein Abredner. Der junge Maximilian Harden ist übrigens in enger Verbindung mit Franz Mehring gegen die Berliner Theaterreform von 1906 gewesen, dann gründete die „Zukunft“ und befämpfte die jüdischen und richtungslosen Außenpolitik der jungen Weimarer, nicht ohne aus einer sozialistischen Einstellung heraus, sondern als ein „Bismarck“, der groß und im Wohlwollen lebte und zum Ende der Welt des letzten imperialistischen Deutschlands von Gültigkeit mit dem Diktator eines Potsdamer Gardeoffiziers erheitert wurde. Bismarck hat den jungen Harden ganz bewußt als seinen Richter erachtet und wußte, daß er den jüdischen Journalisten den Wein ausgetrunken, den Wilhelm dem Volk gelohnt hatte. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts ging Harden zu Antritt in die Umgebung Wilhelm selbst über, zu Angriffen, die Wilhelm den Thron hätten kosten können. Recht wurde Harden der Entblätter der wilhelminischen Hofmoralik und sollte vor der ganzen Welt dieses kalte, feige, schamlose, das der Angriff führte zu dem Eulenburg-Prozess, der sich schließlich als ein deutscher Kulturverfall entpuppte. Es ist heute bekannt, welche Kräfte hinter den Kullien am Werk waren, um Harden Material in die Hand zu spielen, es ist gleichgültig, welche Kräfte es ein Interesse daran hatten, daß in der Umgebung Wilhelm aufgetaucht wurde, es ist

Der Reichsrentenrat

„Der Reichsrentenrat“ veröffentlicht weitere Auszüge aus der Entscheidung, die heute dem sozialdemokratischen Parteitag über die Politik und Taktik der SPD. vorgelegt worden ist. Diese Entscheidung zeigt, daß der Autokratismus, wie wir schon immer behaupteten, noch plattester Kellernismus getragen ist. Er heißt da u. a.: „Die Sozialdemokratie hat in der Zeit des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse die Sozialdemokratie in der Verteidigung der Koalition, für das Zusammenwirken mit der kommunistischen Partei dort, wo diese mit den revolutionären Sozialdemokraten gemeinsame Ziele verfolgt, gegen die Zusammenarbeit von sozialdemokratischen Parteimitgliedern mit bürgerlichen Parteien.“

Der Reichsrentenrat

„Der Reichsrentenrat“ veröffentlicht weitere Auszüge aus der Entscheidung, die heute dem sozialdemokratischen Parteitag über die Politik und Taktik der SPD. vorgelegt worden ist. Diese Entscheidung zeigt, daß der Autokratismus, wie wir schon immer behaupteten, noch plattester Kellernismus getragen ist. Er heißt da u. a.: „Die Sozialdemokratie hat in der Zeit des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse die Sozialdemokratie in der Verteidigung der Koalition, für das Zusammenwirken mit der kommunistischen Partei dort, wo diese mit den revolutionären Sozialdemokraten gemeinsame Ziele verfolgt, gegen die Zusammenarbeit von sozialdemokratischen Parteimitgliedern mit bürgerlichen Parteien.“

Der Reichsrentenrat

„Der Reichsrentenrat“ veröffentlicht weitere Auszüge aus der Entscheidung, die heute dem sozialdemokratischen Parteitag über die Politik und Taktik der SPD. vorgelegt worden ist. Diese Entscheidung zeigt, daß der Autokratismus, wie wir schon immer behaupteten, noch plattester Kellernismus getragen ist. Er heißt da u. a.: „Die Sozialdemokratie hat in der Zeit des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse die Sozialdemokratie in der Verteidigung der Koalition, für das Zusammenwirken mit der kommunistischen Partei dort, wo diese mit den revolutionären Sozialdemokraten gemeinsame Ziele verfolgt, gegen die Zusammenarbeit von sozialdemokratischen Parteimitgliedern mit bürgerlichen Parteien.“

Der Reichsrentenrat

„Der Reichsrentenrat“ veröffentlicht weitere Auszüge aus der Entscheidung, die heute dem sozialdemokratischen Parteitag über die Politik und Taktik der SPD. vorgelegt worden ist. Diese Entscheidung zeigt, daß der Autokratismus, wie wir schon immer behaupteten, noch plattester Kellernismus getragen ist. Er heißt da u. a.: „Die Sozialdemokratie hat in der Zeit des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse die Sozialdemokratie in der Verteidigung der Koalition, für das Zusammenwirken mit der kommunistischen Partei dort, wo diese mit den revolutionären Sozialdemokraten gemeinsame Ziele verfolgt, gegen die Zusammenarbeit von sozialdemokratischen Parteimitgliedern mit bürgerlichen Parteien.“

Der Reichsrentenrat

„Der Reichsrentenrat“ veröffentlicht weitere Auszüge aus der Entscheidung, die heute dem sozialdemokratischen Parteitag über die Politik und Taktik der SPD. vorgelegt worden ist. Diese Entscheidung zeigt, daß der Autokratismus, wie wir schon immer behaupteten, noch plattester Kellernismus getragen ist. Er heißt da u. a.: „Die Sozialdemokratie hat in der Zeit des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse die Sozialdemokratie in der Verteidigung der Koalition, für das Zusammenwirken mit der kommunistischen Partei dort, wo diese mit den revolutionären Sozialdemokraten gemeinsame Ziele verfolgt, gegen die Zusammenarbeit von sozialdemokratischen Parteimitgliedern mit bürgerlichen Parteien.“

